

Wer hat Angst vor der digitalen Spaltung?

Zur Haltbarkeit des Bedrohungsszenarios

Mirko Marr

Vor dem Hintergrund der drohenden Gefahr einer digitalen Spaltung der Gesellschaft wurden in den zurückliegenden Jahren umfangreiche Steuerungsaktivitäten lanciert, deren Ziel in der Gewährleistung des Internetzugangs für alle besteht. Diese Zielstellung ist allerdings nicht unumstritten und wird sowohl hinsichtlich ihrer Angemessenheit als auch in Bezug auf ihre Notwendigkeit kritisiert. Davon ausgehend fragt der Beitrag nach den Bedingungen, unter denen das Bedrohungsszenario einer digitalen Spaltung als gerechtfertigt und die Zugangsförderung damit als begründet angesehen werden kann. Während gezeigt werden kann, dass die anhaltende Exklusion von bestimmten Bevölkerungsschichten die eingeleiteten Maßnahmen legitimieren, wird gleichzeitig dargelegt, dass der Schluss von der Zugangsexklusion auf eine tatsächliche Handicapierung unter Vorbehalt gestellt werden muss. Davon ausgehend wird die Forschung zur digitalen Spaltung aufgefordert, ihr Interesse verstärkt auf die tatsächlichen Folgen der Zugangsdisparitäten zu richten.

Keywords: Digital Divide, Digitale Spaltung, Internet, Zugangsexklusion, Zugangsdisparitäten, Zugangsförderung, Internet für alle

„So, while the information age city on the hill opens its promenades and bazaars to the technologically blessed, others may be kept at the gate or are, at best, struggling partway up the slope.“ (Jorge Reina Schemett)

1. Einleitung

Ein Gespenst geht um in der Informationsgesellschaft. Es ist das Gespenst der digitalen Spaltung. Es erscheint in Gestalt von demographischen Ungleichheiten im Zugang zum Internet. Der Schrecken, den es verbreitet, besteht in der Annahme, dass die Chancengleichheit im Zugang zu dieser Technologie einen digitalen Graben aufreißt und zu einer neuen Zweiklassengesellschaft führt, deren Lager je nach Diktion als „Haves“ und „Have Nots“ (NTIA 1995), als „User“ und „Loser“ (vgl. Opaschowski 1999) oder als „Infoelite“ und „Nichtvernetzte“ (vgl. Rosenthal 1999) bezeichnet werden. Doch das Gespenst hat keine guten Karten. Seitdem es zum ersten Mal gesichtet wurde, formiert sich eine breite gesellschaftliche Front, die von politischen Akteuren über staatliche Behörden, Wirtschaftsvertreter, Initiativ- und Interessengruppen bis hin zu namhaften Wissenschaftlern reicht und von der gemeinsamen Überzeugung getragen wird, „that the benefits of these technologies and access to the world of information that is contained within them is a benefit that no citizens in the twenty-first century should be without“ (Cullen 2001: 311 f.). Um dies zu gewährleisten, ist unter dem Slogan ‚Zugang für alle‘ ein groß angelegter und mittlerweile weltweiter Initiativenwettbewerb lanciert worden, mit dem die Zugangsbarrieren kontinuierlich gesenkt, die bevölkerungsweite Vernetzung garantiert und dem Spuk der digitalen Spaltung ein rasches Ende bereitet werden soll.

Auch in der Schweiz hat der Kampf gegen eine drohende digitale Spaltung spätestens mit der Veröffentlichung der „Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesell-

schaft Schweiz“ im Februar 1998 (vgl. Schweizerischer Bundesrat 1998) einen prominenten Platz auf der politischen Agenda erkommen (vgl. Meier 2001, Saxon 2002). Dort wurde neben der Betonung der vielfältigen Chancen, die sich durch die Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, nachdrücklich auf die gleichzeitige Gefahr der Ausgrenzung und der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten hingewiesen und deshalb der chancengleiche Zugang für alle zum ersten und wichtigsten Grundsatz der bundesrätlichen Förderpolitik erklärt.

2. Die Kritik an der Zugangsförderung

Die in der Schweiz und anderswo gewachsene Sensibilität für die sozialen Risiken der Informationsgesellschaft und die unternommenen Anstrengungen zur Gewährleistung von Chancengleichheit im digitalen Zeitalter sind grundsätzlich zu begrüßen. Mit ihnen bricht sich ein deutlich differenzierteres Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse Bahn, als es die neoliberalen Technik- und Fortschritseuphorien der frühen neunziger Jahre mit ihren einseitigen Forderungen nach Wirtschaftsförderung und IT-orientierter Standortpolitik an den Tag legten (vgl. Birdsall 1997). Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die vorgenommene Gleichsetzung des Problems der digitalen Spaltung mit der Existenz von Zugangsklüften¹ und die daraus abgeleitete Zielstellung, den Internetzugang für alle zu gewährleisten, alles andere als unumstritten ist. Die Kritik erfolgt dabei aus zwei sehr unterschiedlichen Perspektiven.

Die erste Position begrüßt zwar die Zielstellungen der Zugangsförderung, wirft ihr aber unter dem Aspekt der Angemessenheit vor, durch die Konzentration auf die Ungleichheiten im Technologiezugang andere und möglicherweise viel weiter reichende Faktoren digitaler Benachteiligungen, wie etwa Differenzen im Zugang zu Inhalten, in der Nutzung der neuen Technologien oder in den dazu erforderlichen Kompetenzen, zu übersehen oder zumindest zu unterschätzen (vgl. Baker 2001, Warschauer 2002, Cho et. al. 2003, Davison/Cotten 2003). Solche Ungleichheiten im Schatten des Technologiezugangs, die auch als „Second-Level Digital Divide“ (vgl. Hargittai 2002) oder als „postadoption aspects“ (Jung/Qui/Kim 2001: 508) bezeichnet und etwa in Form eines Zugangsregenbogens (Kubicek/Welling 2000) oder eines „Internet Connectedness Index“ (vgl. Ball-Rokeach et. al. 2001; Jung/Qui/Kim 2001; Loges/Jung 2001) systematisiert werden, würden auch dann fortbestehen, wenn das Ziel der Zugangsförderung erreicht wäre. Insofern sei Zugangsförderung zwar ein Anfang, müsse aber durch weitere Maßnahmen ergänzt werden, die weit über die Gewährleistung des chancengleichen Internetzugangs hinausgehen.

Im Gegensatz zur Forderung nach mehr und umfassenderer Förderung wird unter dem Aspekt der Notwendigkeit gefragt, mit welcher Berechtigung den Disparitäten im Zugang zum Internet überhaupt der Status eines sozialen Problems eingeräumt werden

1 Schon die National Telecommunications & Information Administration des U.S. Departments of Commerce, die wesentlich an der Popularisierung des Begriffes beteiligt war, hatte „digital divide“ definiert als „disparities in access to telephones, personal computers (PCs), and the Internet across certain demographic groups“ (NTIA 1999). Auch für Manuel Castells gilt: „The usual meaning of ‚the digital divide‘ refers to inequality of access to the Internet“ (Castells 2001: 248). Graham Murdock schlussfolgert daraus: „As a consequence, when most commentators talk about ‚the digital divide‘ they are talking primarily (and often exclusively) about differential access to the Internet“ (Murdock 2002: 386).

kann, das der Gegensteuerung bedarf. Diese Frage, die etwa von Dick Brady (2000) in einem Beitrag der „E-Commerce Times“ vehement vorgetragen wurde, richtet sich weniger auf den Tatbestand der Zugangsungleichheiten, sondern vielmehr auf deren meist implizite Deutung im Rahmen eines sozialen Bedrohungsszenarios, dessen Plausibilität und Relevanz nicht nur nicht zu rechtfertigen, sondern von der Realität längst als Mythos entlarvt sei. Insofern sei es an der Zeit, den Krieg für gewonnen zu erklären (vgl. Compaine 2001c), die bisher aufgewendeten Ressourcen abzuziehen und in Bereichen zu investieren, in denen die soziale Chancengleichheit weit mehr bedroht ist.

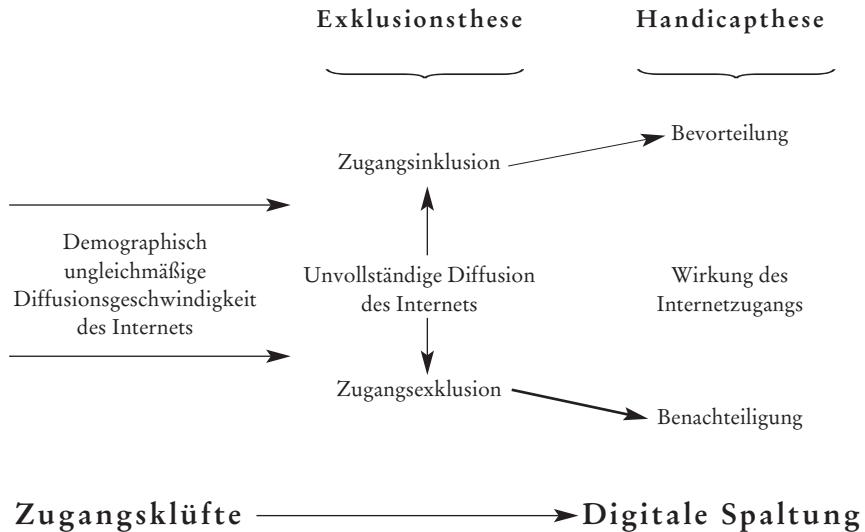
Der folgende Beitrag knüpft an die unter dem Aspekt der Notwendigkeit vorgetragene Kritik der Zugangsförderung an und erachtet die aufgeworfene Frage nach deren Legitimation als berechtigt und relevant. Sie kann von den Befürwortern der Zugangsförderung weder ignoriert noch mit dem bloßen Verweis auf die Zugangsklüfte beantwortet werden, da dies bedeuten würde, die Ursache (Zugangsklüfte) schon für ihre Wirkung (digitale Spaltung) zu nehmen. Gleichzeitig wäre es aber ebenso unangemessen, den Zweifel an der Notwendigkeit der Zugangsförderung schon als ihren Beweis zu betrachten und das unterbreitete Friedensangebot bedingungslos anzunehmen. Statt dessen, so soll hier argumentiert werden, ist die Zugangsförderung herausgefordert, das Bedrohungsszenario einer digitalen Spaltung, auf dessen Abwendung sie zielt, so gut wie möglich zu plausibilisieren. Wie eine solche Plausibilisierung aussehen könnte, welche Aspekte dabei zu berücksichtigen sind und wo die spezifischen Schwachstellen des Bedrohungsszenarios liegen, soll im Folgenden diskutiert werden.

3. Die Logik des Bedrohungsszenarios

Das Bedrohungsszenario einer digitalen Spaltung kann definiert werden als die Summe all jener Annahmen, die einen Schluss von den empirisch beobachtbaren Zugangsklüften auf daraus resultierende soziale Benachteiligungen rechtfertigen. Will man dies mit einer medizinischen Metaphorik veranschaulichen, so handelt es sich beim Bedrohungsszenario um jene diagnostischen Schritte, mit denen die Zugangsklüfte als behandlungsbedürftige Symptome taxiert und die Zugangsförderung als geeignete Therapie begründet wird. Versucht man diese diagnostischen Annahmen zu systematisieren, so lassen sich zwei zentrale Thesen identifizieren, die logisch aufeinander aufbauen und deshalb als zweistufige Kettenhypothese modelliert werden können (Abbildung 1).

Danach kann das Bedrohungsszenario dann als begründet angesehen werden, wenn sich erstens annehmen lässt, dass die Zugangsklüfte keine temporären Erscheinungen im Prozess der zunehmenden Internetdiffusion sind, sondern bei ausbleibenden Förderungsmaßnahmen langfristig fortexistieren und damit zu einer anhaltenden Zugangsexklusion von Teilen der Bevölkerung führen (Exklusionsthese). Zweitens muss davon ausgegangen werden können, dass der Zugang zum und die Nutzung des Internets einen gesellschaftlich relevanten Unterschied macht, der seinen Nutzern zum Vorteil gereicht. Erst aus dieser Bevorteilung der Nutzer erwächst denjenigen, die vom Zugang zur Technologie ausgeschlossen sind, eine soziale Benachteiligung, die zu den bestehenden Handicaps hinzutritt (Handicapthese). Ex negativo ließe sich im Sinne der unter dem Notwendigkeitsaspekt vorgetragenen Kritik an der Zugangsförderung behaupten, dass eine solche Intervention dann unbegründet wäre, wenn die Zugangsklüfte auch ohne Steuerungsmaßnahme verschwinden würden oder wenn der Internetzugang folgenlos oder die Folgen gesellschaftlich bedeutungslos wären. Ausgehend von der vorgeschlagenen Modellierung des Bedrohungsszenarios soll im Folgenden die Haltbarkeit der beiden Grundannahmen getrennt diskutiert werden.

Abbildung 1: Das Bedrohungsszenario der digitalen Spaltung



4. Die Exklusionsthese

Über die frühe Phase der Internetverbreitung in den westlichen Industriestaaten lassen sich zwei gesicherte Aussagen treffen. Zum einen erfolgte diese mit einer ähnlich hohen Geschwindigkeit wie etwa Radio oder Fernsehen (vgl. Hannemyr 2003). Zum anderen variierte diese Geschwindigkeit in Abhängigkeit von verschiedenen soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht oder Rassenzugehörigkeit beträchtlich (vgl. für die USA NTIA 1998, 1999, Wilhelm 2000; für die EU Norris 2001; für Deutschland Kubicek/Welling 2000, für Österreich Aichholzer/Schmutzler 2000). Dabei zeigte sich, dass die Verbreitungsgeschwindigkeit vor allem in jenen Gruppen gering ausfiel, die auch in anderen Kontexten zu den weniger privilegierten Schichten der Gesellschaft gezählt werden müssen. Auf der Querschnittsebene manifestierten sich diese abweichenden Diffusionsgeschwindigkeiten zum einen in Unterschieden zwischen der Gruppe der Nutzer und der Gesamtbevölkerung. Zum anderen fanden sie ihren Niederschlag in einem mehr oder weniger großen Gefälle zwischen den Verbreitungsralten verschiedener Vergleichsgruppen.

Diese Befunde waren zunächst einmal alles andere als eine wissenschaftliche Sensation. Stattdessen standen sie grundsätzlich im Einklang mit den theoretischen Positionen der Diffusionsforschung und den empirischen Befunden, die durch diese Forschungsdisziplin am Beispiel der Implementierung zahlreicher Vorgängertechnologien gesammelt wurden (vgl. Rogers 1995). Danach gelten ungleichmäßige Diffusionsgeschwindigkeiten über ein Sozialsystem hinweg bei technologischen Innovationen und die daraus resultierenden Disparitäten in der Frühphase ihrer Ausbreitung als der Normalfall. Zum sozialen Bedrohungsindikator avancierten diese Disparitäten, indem die Frage nach ihrer künftigen Entwicklung aufgeworfen wurde. „Will digital inequalities prove a temporary problem that will gradually fade over time, as Internet connectivity spreads and ‚normalizes‘, or will this prove an enduring pattern generating a persistent

division between info-haves and have-nots“ (Norris 2001: 11)? Die Exklusionsthese als Bestandteil des Bedrohungsszenarios einer digitalen Spaltung geht von Letzterem aus und erwartet bei ausbleibender Zugangsförderung eine langfristige Ausgrenzung ohnehin benachteiligter Bevölkerungsschichten von jenen Ressourcen, die das Internet bereitstellt. Theoretisch begründet werden kann diese Position mit Hilfe eines stratifikatorischen Diffusionsmodells (vgl. Norris 2001), das lediglich in den privilegierten Schichten eine vollständige Sättigung erwarten lässt, während die Verbreitung in den unterprivilegierten Vergleichsgruppen auf einem geringeren Niveau stagniert. Erklärt wird dies mit Verweisen auf eine Reihe von Faktoren, die den Zugang vor allem für die Unterschichten erschweren (vgl. Van Dijk 1999, Kubicek 1999, Schemert 1999, Wilhelm 2000, Katz/Rice 2002). Hierzu zählen etwa der Mangel an Anwendungskompetenz gepaart mit ungenügender Benutzerfreundlichkeit der Software, die Dominanz inhaltlicher Angebote, die vorwiegend an den Bedürfnissen der technologischen und intellektuellen Eliten ausgerichtet werden, Berührungsängste mit der neuen Technologie, der geringere finanzielle Spielraum zur Anschaffung internetauglicher Hardware und zur Abdeckung der permanent anfallenden Folgekosten oder schlicht fehlendes Interesse an den Vorzügen des neuen Verbreitungsmediums.

Diese skeptische Position wird jedoch sowohl auf der Policy-Ebene als auch innerhalb der wissenschaftlichen Literatur längst nicht von allen geteilt. Befürworter dieses Szenarios, wie sie etwa Benjamin Compaine (2001a) in seinem Reader zum Thema „Digital Divide“ prominent versammelt hat, erwarten für das Internet einen „normalen“ Diffusionsverlauf und gehen davon aus, dass es nach anfänglichen Disparitäten zu einer gleichmäßigen Internetverbreitung in allen sozialen Schichten komme (Trickle-Down-Effekt). Die Relevanz der vom pessimistischen Lager aufgelisteten Zugangsbarrieren wird dabei durchaus anerkannt, mit Verweis auf die egalisierenden Kräfte des Marktes und die zu erwartenden Netzwerkeffekte innerhalb des Diffusionsprozesses wird allerdings deren Unveränderlichkeit bezweifelt. Viel wahrscheinlicher sei es, dass solche Angebote, die auch für bisher ausgeschlossene Gruppen attraktiv sind, ebenso zunehmen wie die Komplexität und Nutzerfeindlichkeit von Hard- und Software sowie deren Anschaffungskosten abnehmen werden. Die bisherigen Zugangsklüfte gelten in dieser Lesart nicht als bedrohlich, sondern sogar als funktional, da die sozioökonomisch besser gestellten frühen Übernehmer des Internets maßgeblich zur Senkung der Anschaffungskosten beitragen und damit eine Querfinanzierung übernehmen, die den Einstieg der späten Übernehmer erleichtert (vgl. 2001c).

Wie lässt sich nun das Normalisierungsszenario empirisch bestätigen und damit das Stratifikationsszenario entkräften? Grundsätzlich können dazu zwei Indikatoren in Anschlag gebracht werden. Als begründet kann der Verbreitungsoptimismus in dem Maße gelten, in dem sich erstens Anzeichen für eine bevölkerungsweite Internetverbreitung finden lassen, oder sich zweitens eine Verringerung der Zugangsdifferenzen nachweisen ließe.

Die NTIA (2002) veröffentlichte ihren letzten Bericht zur Situation der Internetverbreitung in den USA, der sich auf die Daten des Current Population Surveys (CPS) aus dem Jahre 2001 bezieht, mit dem euphorischen Titel „A Nation Online“ und legte auch im übrigen Bericht viel Optimismus an den Tag. Dieser stützt sich u. a. auf die Tatsache, dass der Anteil der Internetnutzer zwischen 1997 und 2001 um 20 % pro Jahr zugenommen hat und zum Erhebungszeitpunkt bei 54 % der Bevölkerung lag, was als ein Beleg dafür gedeutet wird, dass sich die USA auf dem Weg zu einer Online-Nation befinden. Eine Gegenüberstellung von sechs verschiedenen Surveys, die im Schatten des CPS durchgeführt werden und weiter in die Gegenwart reichen, spricht allerdings eine

etwas andere Sprache. Dort zeigt sich, dass sich seit dem Jahr 2000 eine Stagnation bei einem Verbreitungsniveau von etwa 60 % der US-Bevölkerung abzeichnet (vgl. Bimber 2003). Abnehmende Ausbreitungsgeschwindigkeiten lassen sich auf der Basis der Daten des Eurobarometers auch für die Mitglieder der Europäischen Union belegen, wobei dies dort auf Länder mit hoher Verbreitungsrate wie die skandinavischen Staaten ebenso zutrifft wie auf die Mittelmeieranrainer, wo sich die Ausbreitung auf einem deutlich tieferen Niveau verlangsamt (Europäische Kommission 2002). Offen bleibt dabei natürlich, inwiefern diese Stagnation „represent a temporary stall or may indicate that Internet diffusion is now approaching an asymptotic value“ (Bimber 2003). Die aktuellste Ausgabe der ARD/ZDF-Onlinestudie etwa weist nach einer scheinbaren Stagnation in den Vorjahren für das Jahr 2003 einen erneuten Anstieg der Nutzeranteile in Deutschland auf jetzt 54 % aus (vgl. van Eimeren/Gerhard/Frees 2003), womit jener Wert erreicht wurde, der im Vorjahresbericht erst für das Jahr 2005 prognostiziert worden war (vgl. van Eimeren/Gerhard/Frees 2002). In der Schweiz schließlich zeigt sich ein ähnliches Muster wie in Deutschland, allerdings auf höherem Niveau. Die von der AG für Werbemedienforschung durchgeführte und halbjährlich ausgewertete Studie MA-Net wies seit dem Winter 2000/2001 eine Stagnation des Anteils der zumindest gelegentlichen Internetnutzer bei etwa 55 % aus, bevor dieser Wert im Sommer 2002 die 60 %-Marke durchbrach und im darauf folgenden Winter bei nunmehr 63 % angekommen ist.

In der Summe dieser Befunde kann also festgehalten werden, dass die Nutzerzahlen weiterhin ansteigen. Dies geschieht allerdings bei allen Schwankungen und Sprüngen in den einzelnen Ländern nicht mehr mit jener Geschwindigkeit, die am Ende der 90er Jahre zu beobachten war. Die Zunahme der Verbreitungsrraten sagt jedoch noch wenig über die Entwicklung der anfänglichen Zugangsklüfte, weil dabei unklar bleibt, welche Gruppen welchen Anteil am Zuwachs haben. Grundsätzlich lassen sich drei verschiedene Szenarien denken (vgl. Martin 2003). Wird der Zuwachs vor allem von jenen getragen, die in der Nutzergruppe zunächst unterrepräsentiert waren, führt dies zu einer ‚decreasing inequality of diffusion‘ und manifestiert sich in einer Verringerung der Zugangsklüfte. Andererseits vergrößern sich diese bei einer ‚increasing inequality of diffusion‘, wenn die Neueinsteiger aus jenen Gruppen stammen, die die Onlinegemeinschaft ohnehin schon prägen. Zeigen schließlich beide Gruppen ähnliche Steigerungswerte, spricht dies für ‚no inequality of diffusion‘, messbar in stabilen Zugangsdiﬀerenzen.

Beginnt man wiederum mit dem aktuellsten Bericht der NTIA (2002), so kann dieser für die USA nachweisen, dass die ursprünglichen Verbreitungsunterschiede zwischen den Bewohnern ländlicher und urbaner Gebiete sowie zwischen Männern und Frauen nicht mehr nachzuweisen sind. Landbewohner und Frauen haben also ihren anfänglichen Rückstand bereits aufholen können. Andere Gruppen, wie etwa die unteren Einkommenssegmente, die bildungsschwachen Schichten oder Personen mit afrikanischer oder hispanischer Abstammung, sind davon noch weit entfernt. Zwar kann man, wie dies die Autoren der Studie tun, ins Feld führen, dass die Zuwachsraten in diesen Gruppen deutlich höher ausfallen als in den Vergleichsgruppen². Allerdings gilt es dabei zu berücksichtigen, dass die Methode, mit der diese Zuwachsraten berechnet und verglichen werden, von vornherein eine Verzerrung zugunsten jener Gruppen begünstigt, die ein geringeres Ausgangsniveau der Internetverbreitung zeigen. Versucht man

2 So verzeichnete etwa die einkommensschwächste Gruppe zwischen 1998 und 2001 einen Zuwachs um 25 %, während dieser bei den Einkommensstärksten nur 11 % betrug.

diese Verzerrung statistisch zu vermeiden, wie es Martin mit seiner Reanalyse der CPS-Daten getan hat, so zeigt sich für den Vergleich der Einkommensklassen „no evidence for a decrease in the unequal diffusion of computer ownership or Internet use over time“ (Martin 2003: 9).

In den Ländern der EU, in denen das von der NTIA im Jahre 2001 für die USA gemessene Verbreitungsniveau von 54 % mit einjähriger Verspätung erreicht wurde, lässt sich ein vollständiges Einebnen von Zugangsklüften für keine der vom Eurobarometer verglichenen Gruppen belegen (vgl. Europäische Kommission 2002). Stattdessen ist etwa der Abstand zwischen den Bildungspolen deutlich angewachsen. Während der Anteil der Netznutzer im untersten Segment von 12 % auf 22 % anwuchs, kletterte der Wert in der Gruppe mit der höchsten Bildung von 62 % auf 79 %.

Tabelle 1: Entwicklung der Internetzugangsklüfte in der Schweiz (1997–2002)

ENK ¹ in %	5–10/97	5–10/98	5–10/99	4–9/00	4–9/01	4–9/02	Anstieg ³
Schweiz total	7	13	19	33	40	45	38
Deutschschweiz	7	13	20	34	41	47	40
Westschweiz	8	13	20	32	38	42	34
Südschweiz	5	9	11	22	29	34	29
Sprachkluft²	2	4	9	12	12	13	11
Männer	11	19	27	43	50	56	45
Frauen	3	7	12	22	29	36	33
Sex-Kluf²	8	12	15	21	21	20	12
14–19 Jahre	4	11	21	43	49	56	52
20–29 Jahre	12	23	31	49	56	65	53
30–39 Jahre	10	17	26	41	51	56	46
40–49 Jahre	8	13	22	36	45	53	45
50+ Jahre	2	6	8	15	19	22	20
Alters-Kluf²	10	17	23	34	37	43	23
Hochschulen	23	36	48	64	72	78	55
Höhere Berufsb.	17	27	37	57	59	64	47
Sekundarstufe	4	10	18	30	37	42	38
Oblig. Sch.	1	3	8	18	21	27	26
Bildungs-Kluf²	22	33	40	46	51	51	29
> 8000 Fr. / Mt.	16	27	36	54	62	68	52
4000 – 8000 Fr.	5	11	16	28	40	41	36
< 4000 Fr. / Mt.	2	4	7	11	14	15	13
Einkommens-Kluf²	14	23	29	43	48	53	39
Stadt	8	14	22	35	42	48	40
Land	5	10	15	27	34	40	35
Siedlungs-Kluf²	3	4	7	8	8	8	5

1 ENK = Internetnutzung mehrmals pro Woche

2 Sprach-, Geschlechter-, Alters-, Bildungs-, Einkommens-, Siedlungs-Klüfte beziehen sich auf die absoluten Unterschiede zwischen den jeweiligen Segmenten mit höchster bzw. tiefster Internetnutzung

3 Anstieg bezieht sich auf die absolute Zunahme zwischen 1997 und 2002.

Quelle: MA Net-Studie der WEMF; Bonfadelli/Marr (2002), Marr (2003)

Für die Schweiz lassen sich wiederum die Daten der MA-Net heranziehen, wobei als Kriterium hier die wöchentliche Internetnutzung gilt und dieses somit härter definiert wird als etwa beim Eurobarometer. Tabelle 1 weist die Diffusion des Internets in verschiedenen soziodemographischen Gruppen zwischen 1997 und 2002 aus. Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Klüfte, so gibt es nirgends Hinweise auf eine „decreasing inequality in diffusion“. Eine Stabilisierung von zudem eher geringen Unterschieden zeigt sich jedoch in Bezug auf das Geschlecht, die Sprachregion und die Siedlungsart. Nach wie vor ansteigende Klüfte lassen sich bei den Faktoren Einkommen und Bildung ablesen, wo die Differenz mittlerweile mehr als 50 % beträgt. Ein besonderes Diffusionsmuster zeigt sich hinsichtlich des Alters. Während sich über die Gruppen zwischen 14 und 49 Jahren eine Homogenisierung abzeichnet, bleibt der Anteil der Internetnutzer in der Gruppe der über 50-Jährigen auf einem geringen Niveau. Nur etwas mehr als jeder Fünfte aus dieser Gruppe nutzt das Internet regelmäßig.

Welche Prognose man auch immer aus diesen Zahlen ableiten will, so belegen sie, dass zehn Jahre nach der Markteinführung anwendungsfreundlicher Browsersoftware und fünf Jahre nach dem Take-Off der Zugangsförderung in allen berücksichtigten Ländern ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nach wie vor vom Netzzugang ausgeschlossen ist. Sie belegen außerdem, dass die verschiedenen Zugangsungleichheiten der frühen Jahre unterschiedliche Karrieren durchlaufen. Während sich Geschlechterklüfte und regionale Differenzen eingebnet oder zumindest stabilisiert haben, verlieren die Einkommensschwachen, die niedrig Gebildeten und die Alten nach wie vor an Boden. Damit scheint das politisch gewollte Ziel einer bevölkerungsweiten Verbreitung nach wie vor in weiter Ferne, und die anhaltenden Bemühungen, die bisher Ausgeschlossenen an das Netz heranzuführen, können als legitim betrachtet werden. Festzuhalten gilt es dabei zum einen, dass das optimistische Diffusionsszenario nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann. Viel wichtiger als die Frage, ob es eintreten wird, ist jedoch die Frage, „what an acceptable lag time (sic!) is for the disadvantaged groups in society“ (Martin 2003: 10). Zum anderen eröffnet sich mit den bereitstehenden Daten die Möglichkeit, jene Differenzen zu identifizieren, die tatsächlich ins Gewicht fallen und damit die Zugangsförderung mehr und mehr zielgruppenspezifisch auszurichten.

5. Die Handicapthese

Die Untermauerung der Exklusionsthese ist für die Haltbarkeit des Bedrohungsszenarios zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, da dabei grundsätzlich offen bleibt, welche Benachteiligungen sich aus der Zugangsexklusion tatsächlich ergeben. Die der Handicapthese zugrunde liegende Annahme, dass das Internet tatsächlich einen relevanten sozialen Unterschied macht, ist zwar ein Gemeinplatz, der sowohl von den Technikeuphorikern als auch von den Vertretern der These einer digitalen Spaltung behauptet wird, faktisch aber alles andere als zwangsläufig. „Much research and policy assumes that people can convert Internet access into other valued goods, services, and life outcomes. Researchers have not yet tested this premise for Internet access, but research on general computer use sustains its plausibility, while leaving much to be done“ (Di Maggio et. al. 2001: 312).

Dieses Defizit ist nicht wirklich überraschend, da die Frage nach dem „outcome“ bei weitem schwieriger zu beantworten ist und vor methodischen Herausforderungen steht, die um einiges größer sind als etwa die Analyse von Verbreitungswerten. Erschwerend kommt außerdem hinzu, dass solche Folgen sich aller Erfahrung nach erst mit mehr oder weniger großer Verzögerung einstellen, wodurch schnelle Antworten nur bedingt zu

haben sind. Schließlich ist eine entsprechende Forschung angesichts der vielfältigen Wirkungserwartungen, die an das Internet in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen gerichtet werden, gezwungen, interdisziplinär vorzugehen, und selbst dann dürfte eine pauschale Antwort auf die Frage nach der Haltbarkeit der Handicapthese eine Illusion bleiben. Unter diesen Umständen kann natürlich auch an dieser Stelle keine erschöpfende Beweisführung zur Handicapthese geleistet werden. Stattdessen soll zunächst ein Vorschlag für ihre Operationalisierung unterbreitet werden, um die einzelnen Prämissen anschließend an einem Fallbeispiel zu diskutieren.

Zur Differenzierung der Handicapthese wird behauptet, dass von einer aus dem Internetzugang resultierenden Bevorteilung und damit von einer Benachteiligung durch Zugangsexklusion dann ausgegangen werden kann, wenn drei Prämissen erfüllt sind. Erstens muss das Internet Angebote bereitstellen, die gesellschaftlich relevant und notwendig sind (Ressourcenprämissen). Zweitens muss es sich dabei um solche Ressourcen handeln, für die es keine funktionalen Äquivalente in der Offlinewelt gibt (Exklusivitätsprämissen). Drittens schließlich muss angenommen werden können, dass diese exklusiven Ressourcen von den Nutzern auch in Anspruch genommen werden (Erschließungsprämissen). Würde das Internet keine relevanten Inhalte bereitstellen oder würden diese Inhalte keinen Zusatznutzen bieten oder würde dieser von den Onlinern nicht erschlossen, dann verlöre der Ausschluss von der Netzkommunikation einen beträchtlichen Teil seiner gesellschaftspolitischen Brisanz.

Inwiefern die Prämissen der Handicapthese den Anspruch auf Plausibilität erheben können, kann stets nur am Beispiel einer konkreten Wirkungserwartung diskutiert werden. Zur Illustration soll dies hier am Beispiel der weit verbreiteten Erwartung geschehen, das Internet führe zu einer Verbesserung der politischen Informiertheit seiner Nutzer und erhöhe damit deren Chancen einer souveränen Teilnahme am politischen Prozess. Innerhalb der Diskussion um die digitale Spaltung taucht diese Erwartung vor allem im Kontext der Auseinandersetzung um den so genannten „democratic divide“³ auf. Gemeint sind damit all jene Differenzen „between those who do, and do not, use the panoply of digital resources to engage, mobilize, and participate in public life“ (Norris 2001: 4). Ähnliche Annahmen über die Leistungsfähigkeit des Internets bei der Vermittlung von politischem Wissen finden sich aber auch in der Kontroverse um die demokratischen Potenziale des neuen Mediums (vgl. Jarren 1998, Schulz 1997, Scherer 1998, Winkel 2001, Bimber 2001).

5.1 Ressourcenprämissen

Angesichts der Options- und Anwendungsvielfalt des Internets ist die Liste denkbarer Leistungen, die mit Hilfe dieser Technologie erbracht oder optimiert werden könnten, nahezu unbegrenzt. Mit der Forderung des Zugangs für alle und seiner Förderung wird implizit unterstellt, dass zumindest einem Teil dieser Leistungen auch eine gesellschaftliche Relevanz zugeschrieben werden kann. Welche Leistungen hier dazuzuzählen sind, hängt davon ab, welche Maßstäbe oder Normen sich eine Gesellschaft setzt, d. h. wie sie die Frage beantwortet: „What priorities should a society have in making decisions on

3 Der Begriff lässt sich nur schwer direkt in die deutsche Sprache übersetzen, da „demokratisch“ hier vor allem im Sinne von „gleichberechtigt“ oder „gerecht“ verstanden wird und damit der Sinn ins Gegenteil verkehrt würde.

what are necessities, what are frills, and what falls in a debatable middle ground“ (Com-paine 2001b: 116)?

Geht man von den normativen Ansprüchen der klassischen Demokratietheorie aus, so gilt die politische Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger als zentrale Voraussetzung für die selbstbestimmte und aktive Partizipation am politischen Prozess, die ihrerseits eines der konstitutiven Merkmale der Demokratie darstellt (vgl. Gabriel/Brettschneider 1998). Dies trifft in besonderem Maße auf das politische System der Schweiz zu, das über die Teilnahme an den Wahlen politischer Repräsentanten hinaus bekanntlich auch direktdemokratische Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidung über konkrete Sachthemen vorsieht und von dieser Möglichkeit in Form von Referenden auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene regelmäßig Gebrauch macht (vgl. Linder 1999). Aus diesem direktdemokratischen Recht erwächst den Bürgerinnen und Bürgern die Pflicht der verantwortungsbewussten Meinungsbildung auf der Grundlage einer umfassenden Information über das politische Geschehen.

Im Kontrast zu dieser normativen Forderung zeigt sich auf der empirischen Ebene mit großer Regelmäßigkeit, dass das Wissen der Bevölkerung über politische Vorgänge a) eher mangelhaft und b) ausgesprochen heterogen verteilt ist (vgl. u. a. Bonfadelli 1994; Delli Carpini/Keeter 1996). Wäre das Internet in der Lage, an diesem Zustand etwas zu ändern, d. h. die Informiertheit der Bevölkerung über politische Prozesse zu erhöhen und damit zu einer Versöhnung von normativem Anspruch und empirischer Realität beizutragen, dann wäre eine Leistung erbracht, die dem Kriterium der gesellschaftlichen Relevanz genügt. Exklusion durch Zugangsklüfte würde in diesem Fall allerdings tatsächlich eine soziale Benachteiligung bedeuten, weil sie eine Exklusion von diesen relevanten Leistungen des Internets nach sich ziehen und somit den bisherigen Zustand der heterogenen Verteilung verstärken würde (vgl. Schulz 1998, Wirth 1999, Bonfadelli 2002a).

Geht man nun zunächst einmal vom Idealtyp des politisch interessierten Staatsbürgers aus, so verfügt dieser mit dem Internet über ein historisch einmaliges Reservoir an Informationsangeboten. Auf der Basis der enormen Speicherkapazität des World Wide Web und deren umfassender Inanspruchnahme durch Informationsanbieter jeglicher Art und mit den unterschiedlichsten Kommunikationsinteressen bietet sich ihm ein einzigartiges politisches Informationspanorama. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Ressourcenprämisse wohl kaum ernsthaft in Frage stellen. Weniger klar ist allerdings, wie groß dieser Ressourcenvorsprung eines Onliners gegenüber dem Offliner ausfällt. Zwei Argumentationen müssen diesbezüglich in Betracht gezogen werden.

Zum einen ist nicht abzustreiten, dass der ideale Staatsbürger mit seinem politischen Wissensdurst auch im Internet sehr schnell an Grenzen stoßen wird. Gesetzt werden diese Grenzen etwa durch die rechtlichen Regeln zum Datenschutz, durch die Abschottung von politischen Arkancämmen, wie etwa jene der Geheimdienste oder des Militärs, durch Praktiken der Über-, Fehl- bzw. Desinformation oder durch die Instrumentalisierung von Information im Dienste der politischen PR. Eingeschränkt werden politische Angebote im Internet aber auch durch Zugangs- oder Kommunikationsbarrieren für ressourcenschwache Anbieter. Selbst etablierte politische Akteure wie etwa Parteien oder Gewerkschaften müssen die Herstellung und die Betreuung ihres Webangebotes ihrem finanziellen Spielraum oder ihrem verfügbaren Know-how anpassen (vgl. Gfeller/Jaggi 2001). In der Summe, so behaupten skeptische Beobachter, spreche die bisherigen Entwicklung in erster Linie für eine mehr oder weniger starke Reproduktion der „politics as usual“ (vgl. Barber 1998, Gibson/Ward 1998, Margo-

lis/Resnick 2000), bei der lediglich „old wine in new bottles“ (vgl. Carlson/Djupsund 2001) gegossen werde.

Zum anderen ist auf den Prozess der Kommerzialisierung des Internets zu verweisen (vgl. Trappel 2001). Dieser Prozess ist hier insofern relevant, als in seinem Zuge den politischen Informationsangeboten im Web die Gefahr droht, im Schatten jener Angebote zu verschwinden oder wenigstens zu marginalisieren, die in erster Linie mit kommerziellen Interessen verknüpft sind. Dies hat u. a. zur Folge, dass das Webangebot insgesamt zunehmend an Nutzern in der Rolle von Konsumenten und immer weniger an jene in der Rolle von (Staats-)Bürgern ausgerichtet wird. „The Internet provides Americans with new choices as consumers but few such choices as citizens“ (Margolis/Resnick 2001). Oscar H. Gandy (2002) sieht in dieser Verschiebung zugunsten der Konsumenten sogar den „real digital divide“.

5.2 Die Exklusivitätsprämisse

Die Wirkungserwartungen an das Internet sind von Beginn an mit der Vorstellung verknüpft, dass grundlegende gesellschaftliche Leistungen komplett an die neue Technologie delegiert würden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, dass die technischen, ökonomischen oder rechtlichen Nachteile oder Ungewissheiten, die mit einer solchen Umstellung verbunden sind, die tatsächlichen Vorteile nach wie vor überwiegen, und es deshalb eher zu einer Verdoppelung der realen Welt im Netz als zu ihrer Substitution kommt. Dies kann mit Einschränkungen auch für die politische Information der Bürgerinnen und Bürger behauptet werden, für deren Realisierung sich mit dem System der Massenmedien in einem langfristigen historischen Prozess eine leistungsfähige, anerkannte und auf Dauer gestellte Institution mit eigenen Normen und Qualitätsstandards herausgebildet hat. Das Internet ist dieser Instanz vor allem technisch überlegen (vgl. Zipf 1998). In sozialer Hinsicht kann es allerdings den Massenmedien nur bedingt das Wasser reichen (vgl. Jarren 1998, Donges 2000).

Der Vorteil eines Internetnutzers, wie er im vorangegangenen Kapitel umrissen wurde, schrumpft durch die Berücksichtigung der herkömmlichen Massenmedien als funktionale Äquivalente für die Aufnahme politischer Information auf den Zugang zu solchen Angeboten, die im Netz, nicht aber in den Massenmedien angeboten werden. Theoretisch ist dieser Vorteil nach wie vor beträchtlich, praktisch unterliegt er aber wiederum zahlreichen Restriktionen. Zu nennen wäre hier der Umstand, dass auch im Bereich der politischen Informationsangebote Inhalte ein knappes Gut darstellen und es deshalb zu beträchtlichen Überschneidungen zwischen den verschiedenen Angebotswelten kommt. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass herkömmliche Massenmedien auf der Basis ihres Informationsbeschaffungsmonopols ihre Inhalte entweder über eigene Websites in das Netz einspeisen oder an andere Webanbieter weiterhandeln. Darüber hinaus haben die Massenmedien längst damit begonnen, auch das Internet in ihren Beobachtungsbereich aufzunehmen (vgl. Rössler 1999, Dahinden 2000). Dies fällt ihnen umso leichter, als viele politische Akteure nicht die Bürgerinnen und Bürger sondern die Massenmedien als die wichtigste Zielgruppe ihres Webangebotes betrachten. Im Umkehrschluss bedeutet dies nun aber, dass Exklusion vom direkten Internetzugang nicht automatisch Ausschluss vom Zusatzangebot bedeutet, d. h. Nichtnutzer des Internets können sich über den Umweg der Nutzung traditioneller Medien und auf der Basis der Selektionsleistung dieser Medien durchaus ein Bild von den wichtigsten Ereignissen im Netz machen.

Ungeachtet dieser Relativierungen kann ein exklusiver Angebotsvorteil der Netz-

nutzer dennoch nicht geleugnet werden. Dieser besteht etwa im Aktualitätsvorsprung insbesondere gegenüber den Printmedien oder in der Möglichkeit, auf politikrelevante Originaldokumente direkt zugreifen und damit die Selektions- und Aufbereitungsprozesse der Massenmedien umgehen zu können (vgl. Geser 1998). Ein Vorteil besteht ohne Zweifel auch in der Verwendung des Internets als Archiv und somit als politisches Gedächtnis, womit die Nutzer eine spürbare Autonomie gegenüber der an Aktualitätsnormen ausgerichteten Publizistik gewinnen. Schließlich haben es zahlreiche nicht-etablierte politische Akteure nach wie vor schwer, den Selektionsfilter der Massenmedien zu passieren, während die Eintrittsschwelle ins Internet demgegenüber vergleichsweise tief liegt. Somit stehen ihre Angebote allein jenen Interessenten zur Verfügung, die über einen Internetanschluss verfügen.

5.3 Erschließungsprämissen

Lässt man trotz der gegen die Exklusivitätsthese vorgebrachten Einwände gelten, dass das Internet politische Informationen bereitstellt, die auf herkömmlichen Wegen nicht oder weniger bequem zugänglich sind, so ist noch nicht gesagt, dass die Nutzer davon auch Gebrauch machen (Hagen/Kamps 1999), geschweige denn, „dass ein Mehr an Medien und Informationsangeboten zu besserer Informiertheit der Bürger führt“ (Schulz 1998: 25). Inwiefern das Internet hier dennoch eine Rolle spielen kann, hängt maßgeblich davon ab, auf welche Art und Weise die neue Technologie und ihre Angebote von den Nutzern in deren Alltag integriert werden. Zur Abgrenzung von den technik- und zugangsfixierten Vorstellungen über die Wirkungsmacht des Internets und zur besseren Veranschaulichung kann dieser Integrationsprozess als „Domestizierung“ bezeichnet werden (vgl. Silverstone/Haddon 1996, Krotz 1998, Cummings/Kraut 2001). Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass Kommunikationstechnologien zunächst einmal nur ein Potenzial darstellen und grundsätzlich blind gegenüber ihrer schlussendlichen Verwendung sind (vgl. Schmid/Kubicek 1994). Zweifellos trägt das Internet das Potenzial einer Informationstechnologie in sich, gleichzeitig kann es aber auch zu den „technologies of entertainment, communication and play“ (Kellner 1999: 243) gezählt werden. Welches Potenzial nun aktualisiert wird, entscheidet sich erst im Prozess der Domestizierung der Technologie und zwar „im Hinblick auf spezifische gesellschaftliche Bedarfe und soziale Praktiken“ (Krotz 1998: 122). Lässt man dies gelten, so kann davon ausgegangen werden, dass Internetteffekte auf den politischen Informationsstand der Bevölkerung in dem Maße erwartet werden können, in dem die Technologie zu genau diesem Zwecke „in den Haushalt aufgenommen wird“.

Nach allem, was man bisher über die Nutzung des Internets durch die Bürger und Bürgerinnen etwa in der Schweiz weiß, kann man davon ausgehen, dass es ihnen zu allen möglichen Zwecken dient; das Ziel, sich politisch zu informieren, spielt dabei allerdings eine untergeordnete Rolle. Sie gebrauchen es in großem Stil zur persönlichen Kommunikation (E-Mail, Chats), zur Unterhaltung (Spiele, Musik, Erotik) oder zur Abwicklung von Transaktionen (Banking, Einkaufen, Software beziehen). Sie nutzen es ebenso zum Zwecke der Information, politische Angebote stehen dabei aber deutlich im Schatten von alltagsrelevanten Informationsbeständen wie Fahrplänen, Börsenkursen oder Stellenangeboten (vgl. Bonfadelli/Marr 2002). Die kontinuierlichen VOX-Analysen des GfS-Forschungsinstitutes weisen nach, dass der Anteil derjenigen, die sich zu den Abstimmungsvorlagen im Internet informieren, auch bei steigenden Internetnutzerzahlen die 5 %-Marke nicht überschreitet und bei den jüngsten Referenden sogar rückläufig ist (vgl. Trechsel 2002). Der aktuelle UNIVOX-Trend-Bericht zum Modul „Kommunikation“

tion und Medien“ (vgl. Bonfadelli 2002b) belegt, dass jeder zweite Internetnutzer in der Schweiz noch nie politische Informationen im Internet genutzt hat. 37 % geben an, dies zumindest hin und wieder zu tun. Die bevorzugten Destinationen sind dann allerdings wieder die Webangebote herkömmlicher Massenmedien, mithin also Angebote, die mit gewissen Einschränkungen auch den Offlinern zur Verfügung stehen. Bei allem Potenzial des neuen Vermittlungskanals sind sich die Befragten – Offliner wie Onliner – einig darüber, wo sie die notwendigen politischen Informationen suchen müssen und auch bekommen: in der Tageszeitung, im SRG-Fernsehen und im Radio. Ihren Ausdruck findet diese gemeinsame Orientierung auf der Wirkungsebene u. a. in dem Befund homogener Publikumsagenden von Internetnutzern und Nicht-Nutzern (vgl. Marr 2002).

5.4 Empirische Befunde

Die bisherige Diskussion der drei Prämissen der Handicapthese legt nahe, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der angenommen werden kann, dass die Nutzer des Internets in Bezug auf die politische Informiertheit einen Vorteil gegenüber den Nichtnutzern besitzen, in dem Maße abnimmt, in dem man von den technischen Merkmalen über die Frage nach dem bereitgestellten Exklusivangeboten hin zum Prozess der Nutzung fortschreitet. Das technologische Potenzial des Internets für die Bereitstellung politischer Informationen ist unbestritten. Aber schon die Erwartung, dass der technische Spielraum auf der Angebotsseite auch nur annähernd ausgenutzt werden kann, muss aus mehreren Perspektiven relativiert werden. Dennoch wäre es unangemessen, den Zusatznutzen des im Internet bereitgestellten Angebotes generell zu leugnen. Genauso unangemessen wäre es aber, diesen Zusatznutzen automatisch mit seiner Erschließung durch die Nutzer gleichzusetzen. Das Konzept der Domestizierung bietet hier einen Betrachtungsrahmen, der erkennen lässt, dass die Inanspruchnahme des Internets zum Zwecke der politischen Information ausbleibt oder doch zumindest auf sich warten lässt.

Darüber hinaus gilt es zu beachten, „dass die virtuelle Welt der Netze keinen isolierten Raum darstellt, sondern einen, der zu den überkommenen Formen von Öffentlichkeit hinzutritt und von ihnen eingebettet wird“ (Winkel 2001: 154). Für den Zweck der Information über das Geschehen in der politischen Öffentlichkeit müssen die institutionalisierten Massenmedien der Offlinewelt nach wie vor als potente und einflussreiche Institutionen angesehen werden.

In der Summe der auf den verschiedenen Stufen vornehmbaren Einschränkungen für die Haltbarkeit der Handicapthese lässt sich erwarten, dass der Effekt der Internetnutzung auf die politische Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger eher moderat ausfallen dürfte. Die systematische empirische Prüfung dieser Prognose steht zwar noch aus, dennoch soll zum Abschluss dieses Kapitels noch auf drei Untersuchungen hingewiesen werden, die die bis hierher entwickelte Argumentation eher stützen oder zumindest nicht widerlegen.

Beeing a Citizen Online

Mit Hilfe einer Telefonbefragung von 468 Einwohnern des Tompkins-County im Bundesstaat New York gehen Scheufele/Nisbet (2002) der Frage nach, inwiefern verschiedene Formen der Mediennutzung unter besonderer Berücksichtigung der Internetnutzung zu einer Erhöhung der politischen Partizipation beitragen. Dabei wurde die politische Informiertheit als eine von vier Dimensionen politischer Partizipation behandelt und als additiver Index aus vier Fragen zu aktuellen Ereignissen der lokalen und natio-

nalen Politik gebildet. Im Ergebnis dieser Auswertungen konstatieren die Autoren zum einen „a very limited role for the Internet in promoting levels of efficacy, knowledge, and participation among the citizenry“ (ebd.: 63). Zum anderen stellen sie sehr pronominiert fest, „that traditional mass media maintain a key role in promoting democratic citizenship. In particular, newspaper hard news use – at a local, national, and international level – is a crucial tool for disseminating information about political issues and processes among the public and, ultimately, one of the strongest predictors of participation in the political processes“ (ebd.: 67).

Die HomeNet-Feldexperimente

Im Jahre 1998 hatte eine Forschergruppe der Carnegie Mellon University unter der Leitung von Robert Kraut mit der Publikation einer Studie Aufsehen erregt, in der ein negativer Einfluss der Internetnutzung auf das soziale Involvement und auf das psychische Wohlbefinden nachgewiesen werden konnte (vgl. Kraut et al. 1998). In einer späteren Replikation des zu Grunde liegenden Feldexperimentes (vgl. Kraut et al. 2002) wurde die ursprüngliche Zahl abhängiger Dimensionen erweitert, wodurch auch drei Wissensindikatoren Berücksichtigung fanden. Dabei handelte es sich um Multiple-Choice-Fragen zu aktuellen Ereignissen in den USA, zu aktuellen Ereignissen aus der Pittsburgh-Region und zu allgemeinen Wissensbeständen, wie sie in gewöhnlichen High-School-Tests abgefragt werden. Unter Kontrolle von demographischen und Persönlichkeitsvariablen wurde der Einfluss der Internetnutzung, die per Selbsteinschätzung der Nutzungshäufigkeit erhoben wurde, auf das Wissen der Befragten geprüft. Dabei kommen die Autoren zu dem Schluss: „General knowledge [...] and knowledge of national current events did not change with Internet use. In contrast, those who used the Internet more became less knowledgeable about the local Pittsburgh area“ (ebd. 64).

The Virtuous Circle

In ihrer umfang- und datenreichen Analyse der politischen Kommunikation in post-industriellen Gesellschaften geht Pippa Norris (2000) der allgemeinen Frage nach dem Zusammenhang zwischen der politischen Berichterstattung der News-Medien einerseits und der Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger (civic malaise) andererseits nach. In diesem Zusammenhang wird unter Rückgriff auf die Daten des Eurobarometers 51.0 aus dem Frühjahr 1999 auch der Einfluss der Netznutzung auf das politische Wissen der EU-Bürger geprüft (vgl. ebd.: 275 f.). Dazu wurde ein Summenindex auf der Basis von 9 Fragen gebildet, mit denen das Eurobarometer regelmäßig Wahrnehmungswissen (Have you ever heard of ...?) über Institutionen der Europäischen Union (z. B. EU-Parlament, EU-Kommission, EU-Gerichtshof usw.) erhebt. Die Analyse beruht zunächst auf einem Vergleich zwischen den Nutzern und Nicht-Nutzern innerhalb des Samples. Dabei zeigen die Onliner auf der deskriptiven Ebene zunächst ein signifikant größeres Wahrnehmungswissen als die Offliner. Dieser Unterschied verschwindet auch dann nicht, wenn die demographischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen kontrolliert werden. Somit scheinen diese europäischen Daten den nordamerikanischen Befunden zu widersprechen. Allerdings lässt die Analyse offen, ob der Zusammenhang zwischen Netznutzung und politischem Wissen auch dann bestehen bleibt, wenn die Nutzung der herkömmlichen Medien Berücksichtigung finden würde. In einer Analyse von Prediktoren der Onlinenutzung hatte die Autorin an einer anderen Stelle ihrer Untersuchung unter Rückgriff auf die gleiche Eurobarometerwelle nach-

gewiesen, dass sich Onliner in Europa durch eine signifikant höhere Nutzung von Tageszeitungen gegenüber den Offlinern auszeichnen (vgl. ebd. 132 f.).

6. Fazit

Eine gute Förderungspolitik sollte nicht nur gut gemeint, sondern auch gut begründet sein. Dies gilt insbesondere für die Förderung des Internetzugangs für alle, nicht nur weil sie in Zeiten knapper Förderungsressourcen ihre Priorität gegenüber anderen, vielleicht ebenso berechtigten Steuerungszielen rechtfertigen muss, sondern auch weil sie – seitdem es sie gibt – dem Verdacht ausgesetzt ist, ihr eigentlicher Effekt bestehe vor allem darin, dass der Absatz von Hard- und Software gesteigert und die Reichweite des Internets als Marketing-, Verkaufs- und Vertriebskanal erhöht werde (vgl. Schiller 1996, Wolf 1998).

Die hier geführte Diskussion zur Haltbarkeit des Bedrohungsszenarios einer digitalen Spaltung als Begründung für die eingeleiteten Maßnahmen der Zugangsförderung hat zunächst einmal deutlich gemacht, wie voraussetzungsreich der Schluss von den Unterschieden in der Verbreitung des Internets auf die Entstehung neuer sozialer Ungleichheiten ist. Auf der Basis der Unterscheidung von Diffusions- und Wirkungsannahmen konnte darüber hinaus zum einen gezeigt werden, dass sich eine Verringerung von Verbreitungsungleichheiten bisher nur partiell abzeichnet, während insbesondere Bildungs-, Einkommens- und Altersdisparitäten nach wie vor zunehmen. Damit kann der Vorwurf, die Zugangsförderung unterstütze einen Verbreitungsprozess, der auch ohne sie stattfinden würde und renne deshalb offene Türen ein, als ungerechtfertigt zurückgewiesen werden.

Zum anderen konnte am Beispiel der politischen Informiertheit dargelegt werden, dass sich die Erwartung einer tatsächlichen Benachteiligung durch die Zugangsexklusion nur bedingt rechtfertigen und empirisch bestätigen lässt. Dadurch ist ohne Zweifel noch wenig über vermeintliche Handicapierungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa der Bildung, des Arbeitsmarktes oder des Gesundheitswesens, gesagt. Die anhand der Unterscheidung von drei verschiedenen Prämissen der Handicapthese vorgebrachten Relativierungen sollten allerdings deutlich gemacht haben, dass zwischen dem Potenzial einer Technologie und seiner tatsächlichen Entfaltung eine beträchtliche Lücke klaffen kann, die sich mit Gemeinplätzen nur behelfsmäßig verdecken lässt. Insofern ist auch die Forschung zur digitalen Spaltung herausgefordert, der Frage nach den tatsächlichen Benachteiligungen, die aus den Zugangsungleichheiten resultieren, mindestens ebenso viel Beachtung zu schenken, wie der Analyse von Zugangsklüften und der Identifikation immer neuer Disparitäten im Umgang mit der neuen Technologie.

Solange solche Fragen offen bleiben, solange kann das Gespenst der digitalen Spaltung keinen wirklichen Schrecken verbreiten und solange wird die Kritik an der Notwendigkeit der Zugangsförderung nicht verstummen. Solange bleibt es weiterhin umstritten, ob das hinterste Alpental seine Isolation durch die Einstellung von Zug- oder Busverbindungen oder durch die Schließung des einzigen Postamtes mit dem Zugang zum Internet kompensieren kann, ob die Senioren ihre vielfältige gesellschaftliche Marginalisierung durch den Anschluss ans Netz überwinden, ob Einsparungen im Gesundheitswesen durch Autodiagnosen per World Wide Web weniger ins Gewicht fallen oder eben ob die wachsende Distanz zwischen Regierenden und Regierten nicht anderer Maßnahmen der Gegensteuerung bedarf als die Implementierung einer Supertechnologie.

Literatur

- Aichholzer, Georg/Schmutzler, Rupert (2000): The Digital Divide in Austria. Wien.
- Baker, Paul M. A. (2001): Policy Bridges for the Digital Divide: Assessing the Landscape and Gauging the Dimensions. In: First Monday, Jg. 6, Nr. 5 (auch auf: http://firstmonday.org/issues/issue6_5/baker/index.html)
- Ball-Rokeach, Sandra/Kim, Yong-Chan/Loges, William S./Jung, Joo-Young (2001): Geo-Ethnicity and Internet Connectedness. Paper for the IAMCR & ICA Symposium on 'Digital Divide', Austin, TX, 16.-18.11.2001.
- Barber, Benjamin (1998): The New Telecommunications Technology: Endless Frontier or the End of Democracy. In: Price, Monroe E./Noll, Roger G. (Hrsg.): A Communications Cornucopia: Markle Foundation Essays on Information Policy. Washington, DC, S. 72–98.
- Bimber, Bruce (2001): Information and Political Engagement in America. The Search for Effects of Information Technology at the Individual Level. In: Political Research Quarterly 54, H. 1, S. 53–67.
- Bimber, Bruce (2003): Notes on the Diffusion of the Internet. Auf: [http://www.polsci.ucsb.edu/faculty/bimber/Internet%20Diffusion.htm](http://www.polisci.ucsb.edu/faculty/bimber/Internet%20Diffusion.htm) (10.09.03).
- Birdsall, William F. (1997): The Ideology of Information Technology. In: Queens Quarterly 104, H. 2, S. 287–299.
- Bonfadelli, Heinz (1994): Die Wissenskluft-Perspektive. Massenmedien und gesellschaftliche Information. Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz (2002a): The Internet and Knowledge Gaps. A Theoretical and Empirical Investigation. In: European Journal of Communication 17, H. 1, S. 65–84.
- Bonfadelli, Heinz (2002b): UNIVOX Teil II C. Trend-Bericht „Kommunikation/Medien“, Zürich.
- Bonfadelli, Heinz/Marr, Mirko (2002): Die Medien in der Informationsgesellschaft. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Informationsgesellschaft Schweiz. Standortbestimmung und Perspektiven. Neuchâtel, S. 49–67.
- Brady, Mick (2000): The Digital Divide Myth. Auf: <http://www.ecommercetimes.com/perl/story/3953.html> (08.09.03).
- Carlson, Tom/Djupsund, Göran (2001): Old Wine in New Bottles? The 1999 Finnish Election Campaign on the Internet. In: Harvard International Journal of Press/Politics 6, H. 1, S. 68–87.
- Castells, Manuel (2001): The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business, and Society. New York.
- Cho, Jaeho/Gil de Zuniga, Homero/Rojas, Hernando/Shah, Dhavan V. (2003): Beyond Access. The Digital Divide and Internet Uses and Gratifications. In: IT&Society, Jg. 1, Nr. 4, S. 46–72.
- Compaine, Benjamin M. (2001a): The Digital Divide. Facing a Crisis or Creating a Myth? Cambridge, London.
- Compaine, Benjamin M. (2001b): Information Gaps: Myth or Reality? In: Compaine, Benjamin M. (Hrsg.): The Digital Divide. Facing a Crisis or Creating a Myth? Cambridge, London, S. 105–118.
- Compaine, Benjamin M. (2001c): Declare the War Won. In: Compaine, Benjamin M. (Hrsg.): The Digital Divide. Facing a Crisis or Creating a Myth? Cambridge, London, S. 315–335.
- Cullen, Rowena (2001): Adressing the Digital Divide. In: Online Information Review, Jg. 25, Nr. 5, S. 311–320.
- Cummings, Jonathon/Kraut, Robert (2001): Domesticating Computers and the Internet. Auf: http://homenet.hcii.cs.cmu.edu/progress/cummings_domesticating.pdf. (20.05.03).
- Dahinden, Urs (2000): Demokratisierung dank Internet? Zum Austauschverhältnis zwischen neuen elektronischen und traditionellen massenmedialen Öffentlichkeiten. In: Jarren, Otfried/Imhof, Kurt/Blum, Roger (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit. Mediensymposium Luzern, Band 6. Wiesbaden. S. 240–254.
- Davison, Elizabeth/Cotten, Shelia R. (2003): Connection Discrepancies: Unmasking Further Layers of the Digital Divide. In: First Monday, Jg. 8, Nr. 3 (auch auf: http://firstmonday.org/issues/issue8_3/davison/index.html).

- Delli Carpini, Michael/Keeter, Scott (1996): What Americans Know about Politics and Why it Matters. New Haven.
- DiMaggio, Paul/Hargittai, Eszter/Neuman, W. Russell/Robinson, John P. (2001): Social Implications of the Internet. In: Annual Reviews Sociology 27, H. 1, S. 307–336.
- Donges, Patrick (2000): Technische Möglichkeiten und soziale Schranken elektronischer Öffentlichkeit. Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit und ihr Bezug zu Öffentlichkeitsmodellen. In: Jarren, Otfried/Imhof, Kurt/Blum, Roger (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit. Mediensymposium Luzern, Band 6. Wiesbaden. S. 255–265.
- Europäische Kommission (2002): Flash Eurobarometer 125. Internet and the Public at Large. Auf: http://europa.eu.int/information_society/eeurope/2005/index_en.htm (20.09.03).
- Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (1998): Politische Partizipation. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Opladen, Wiesbaden, S. 285–291.
- Gandy, Oscar H. Jr. (2002): The Real Digital Divide: Citizens versus Consumer. In: Lievrouw, Leah A./Livingstone, Sonia (Hrsg.): Handbook of New Media. Social Shaping and Consequences of ICTs. London, Thousand Oaks, New Dehli, S. 448–460.
- Geser, Hans (1998): Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit. Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels. Auf: http://www.socio.ch/intcom/t_hgeser06.htm (05.05.03).
- Gfeller, Maria/Jaggi, Marco (2001): Die Schweizer Parteien im Internet. Eine Modellstudie. Bern.
- Gibson, Rachel/Ward, Stephen J. (1998): U.K. Political Parties and the Internet: ‘Politics as Usual’ in the New Media. In: Harvard International Journal of Press/Politics 3, H. 3, S. 14–38.
- Hagen, Lutz M./Kamps, Klaus (1999): Netz-Nutzer und Netz-Nutzung. Zur Rezeption politischer Informationen in Online-Medien. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie. Perspektiven politischer Partizipation. Opladen, S. 209–226.
- Hannemyr, Gisle (2003): The Internet as Hyperbole: A Critical Examination of Adoption Rates. In: The Information Society 19, H. 2, S. 111–121.
- Hargittai, Eszter (2002): Second-Level Digital Divide: Differences in People’s Online Skills. In: First Monday, Jg. 7, Nr. 4 (auch auf: http://firstmonday.org/issues/issue7_4/hargittai/).
- Jarren, Otfried (1998): Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, H. 40, S. 13–21.
- Jung, Yoo-Young/Qui, Jack L./Kim, Yong-Chan (2001): Internet Connectedness and Inequality. Beyond the „Divide“. In: Communication Research 28, H. 4, S. 507–535.
- Katz, James E./Rice, Ronald E. (2002): Social Consequences of Internet Use. Access, Involvement, and Interaction. Cambridge, London.
- Kellner, Douglas (1999): Technologies, Welfare State, and Prospects for Democratization. In: Calabrese, Andrew/Burgelman, Jean-Claude (Hrsg.): Communication, Citizenship, and Social Policy. Lanham, MD, S. 239–256.
- Kraut, Robert/Lundmark, Vicki/Patterson, Michael/Kiesler, Sara/Mukopadhyay, Tridas/Scherlis, William (1998): Internet Paradox. A Social Technology that Reduces Social Involvement and Psychological Well-Being? In: American Psychologist 53, H. 9, S. 1017–1031.
- Kraut, Robert/Kiesler, Sara/Boneva, Bonka/Cummings, Jonathon/Helegeson, Vicki/Crawford, Anne (2002): Internet Paradox Revisited. In: Journal of Social Issues 58, H. 1, S. 49–74.
- Krotz, Friedrich (1998): Digitalisierte Medienkommunikation: Veränderungen interpersonaler und öffentlicher Kommunikation. In: Neverla, Irene (Hrsg.): Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung. Opladen, Wiesbaden, S. 113–135.
- Kubicek, Herbert (1999): Was versteht man unter allgemeinem Zugang? In: Kubicek, Herbert/Brazczyk, Hans-Joachim/Klumpp, Dieter (Hrsg.): Multimedia@Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999. Heidelberg, S. 332–338.
- Kubicek, Herbert/Welling, Stefan (2000): Vor einer digitalen Spaltung in Deutschland? Annäherung an ein verdecktes Problem von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Brisanz. In: Medien- & Kommunikationswissenschaft 48, H. 4, S. 497–517.
- Linder, Wolf (1999): Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven. Bern.

- Loges, William E./Jung, Joo-Young (2001): Exploring the Digital Divide. Internet Connectedness and Age. In: *Communication Research* 28, H. 4, S. 536–562.
- Margolis, Michael/Resnick, David (2000): Politics as Usual: The Cyberspace „Revolution“. Thousand Oaks, CA.
- Margolis, Michael/Resnick, David (2001): Waiting for Cyber-Democracy is like Waiting for Godot. Paper for the Second Annual Kent State University Symposium on Democracy, Media, Profit, and Politics: Competing Priorities in an Open Society, 11.–12. April 2001, Kent.
- Marr, Mirko (2002): Das Ende der Gemeinsamkeiten? Folgen der Internetnutzung für den medialen Thematisierungsprozess. In: *Medien- & Kommunikationswissenschaft* 50, H. 4, S. 510–532.
- Marr, Mirko (2003): Soziale Differenzen im Zugang und in der Nutzung des Internet. Aktuelle Befunde aus der Schweiz. In: *Medienheft*, Nr. 19, S. 19–27 (auch auf: www.medienheft.ch).
- Martin, Steven P. (2003): Is the Digital Divide Really Closing? A Critique of Inequality Measurement in a Nation Online. In: *IT&Society*, Jg. 1, Nr. 4, S. 1–13.
- Meier, Werner A. (2001): Regierungen im Banne der „Informationsgesellschaft“. Der Staat muss Bedingungen für Chancengleichheit beim Netzzugang schaffen. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.01.2001, S. 103.
- Murdock, Graham (2002): Debating Digital Divides. In: *European Journal of Communication* 17, H. 3, S. 385–390.
- Norris, Pippa (2000): A Virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies. Cambridge.
- Norris, Pippa (2001): Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide. Cambridge, New York.
- NTIA, U.S. Department of Commerce (1995): Falling Through the Net: A Survey of the Have Nots in Rural and Urban America. Washington, D.C.
- NTIA, U.S. Department of Commerce (1998): Falling Through the Net: New Data on the Digital Divide. Washington, D.C.
- NTIA, U.S. Department of Commerce (1999): Falling Through the Net: Defining the Digital Divide. Washington, D.C.
- NTIA, U.S. Department of Commerce (2002): A Nation Online: How Americans Are Expanding Their Use Of The Internet. Washington, D.C.
- Opaschowski, Horst W. (1999): User & Loser. Die gespaltene Informationsgesellschaft. In: *medien praktisch*, Nr. 3, S. 8–9.
- Rogers, Everett M. (1995): Diffusion of Innovations. New York.
- Rosenthal, David (1999): Internet. Schöne neue Welt. Der Report über die unsichtbaren Risiken. Zürich.
- Rössler, Patrick (1999): Politiker: Die Regisseure in der medialen Themenlandschaft der Zukunft? Agenda-Setting-Prozesse im Zeitalter neuer Kommunikationstechnologien. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft. Opladen/Wiesbaden, S. 149–166.
- Saxer, Ulrich (2002): Vereinigung nicht zwingend. Droht der Gesellschaft eine „digitale Spaltung“? In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 16.08.2002.
- Schemet, Jorge Reina (1999): Of Gaps by Which Democracy We Measure. In: *Information Impacts*, (Dez. 1999), Auf: http://www.cisp.org/imp/december_99/12_99schemet.htm (21.05.03).
- Scherer, Helmut (1998): Partizipation für alle? Die Veränderung des Politikprozesses durch das Internet. In: Rössler, Patrick (Hrsg.): Online-Kommunikation. Beiträge zur Nutzung und Wirkung. Opladen, Wiesbaden, S. 171–188.
- Scheufele, Dietram A./Nisbet, Matthew C. (2002): Being a Citizen Online. New Opportunities and Dead Ends. In: *Harvard International Journal of Press/Politics* 7, H. 3, S. 53–73.
- Schiller, Herbert (1996): Information Inequality: The Deepening Social Crisis in America. London.
- Schmid, Ulrich/Kubicek, Herbert (1994): Von den „alten“ Medien lernen. In: *Media Perspektiven* H. 8, S. 401–408.
- Schulz, Winfried (1997): Neue Medien - Chancen und Risiken. Tendenzen der Medienentwicklung

- und ihre Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, H. 42, S. 3–12.
- Schulz, Winfried (1998): Knowledge Gap: Medienwandel und epochale Trends der politischen Kultur. In: Burda Advertising Centre (Hrsg.): Intermediale Perspektiven. Zweites Symposium „Neue Erkenntnisse zur Print- und TV-Forschung“. Offenburg, S. 23–34.
- Schweizerischer Bundesrat (1998): Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz. Auf: <http://www.infosociety.ch/site/default.asp> (15.05.2003).
- Silverstone, Roger/Haddon, Leslie (1996): Design and Domestication of Information and Communication Technologies: Technical Change and Everyday Life. In: Mansell, Robin/Silverstone, Roger (Hrsg.): *Communication by Design: The Politics of Information and Communication Technologies*. New York, S. 44–74.
- Trappel, Josef (2001): Ökonomisierung aus der Sicht der Online-Medien. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Jg. 49, Nr. 2, S. 227–236.
- Trechsel, Alexander H. (2002): Politik und Verwaltung in der Informationsgesellschaft. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): *Informationsgesellschaft Schweiz. Standortbestimmung und Perspektiven*. Neuchâtel, S. 101–118.
- van Dijk, Jan A. G. M. (1999): *The Network Society: Social Aspects of New Media*. Thousand Oaks, CA.
- van Eimeren, Birgit/Gerhard, Heinz/Frees, Beate (2002): ARD/ZDF-Online-Studie 2002: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland. Mehr Routine, weniger Entdeckerfreude. In: *Media Perspektiven*, Nr. 8, S. 346–362.
- van Eimeren, Birgit/Gerhard, Heinz/Frees, Beate (2003): ARD/ZDF-Online-Studie 2003: Internetverbreitung in Deutschland: Unerwartet hoher Zuwachs. In: *Media Perspektiven*, Nr. 8, S. 338–358.
- Warschauer, Mark (2002): Reconceptualizing the Digital Divide. In: *First Monday*, Jg. 7, Nr. 7 (auch auf: http://www.firstmonday.dk/issues/issue7_7/warschauer/).
- Wilhelm, Anthony G. (2000): *Democracy in the Digital Age. Challenges to Political Life in Cyberspace*. New York, London.
- Winkel, Olaf (2001): Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien - Positionen und Perspektiven. In: *Publizistik* 46, H. 2, S. 140–161.
- Wirth, Werner (1999): Neue Wissenskluft durch das Internet? Eine Diskussion relevanter Befunde und Konzepte. In: *Medien Journal* 23, H. 3, S. 3–19.
- Wolf, Alecia (1998): Exposing the Great Equalizer: Demythologizing Internet Equity. In: Ebo, Bosha (Hrsg.): *Cyberghetto or Cybertopia: Race, Class, and Gender on the Internet*. Westport, CT, S. 15–31.
- Zipfel, Theodor (1998): Online-Medien und politische Kommunikation im demokratischen System. In: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): *Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten*. Opladen, Wiesbaden, S. 20–53.